

WELT+

MEINUNG

EXKLUSIVE STUDIE

Diese Konsequenzen fürchten die Deutschen, wenn sie ihre Meinung offen sagen

Stand: 10:06 Uhr | Lesedauer: 6 Minuten

Von Richard Traunmüller



Quelle: Getty Images/PhotoAlto

Jeder vierte Deutsche fühlt sich nicht frei, zu sagen, was er denkt – das fand unser Autor, Forscher der Uni Mannheim, mithilfe neuartiger Umfragedaten heraus. Nur: In Deutschland gilt doch die Meinungsfreiheit – was haben die Menschen also zu befürchten? Dazu fand er gleich mehrere Spuren.

Ein in der Debatte über Meinungsfreiheit häufig vorgetragenes Argument lautet in etwa so: Da beschwere sich jemand über mangelnde Meinungsfreiheit, tue dies aber öffentlich und lautstark auf Twitter oder sogar in einer Talkshow. Das sei ein klarer Widerspruch und zeige nur, dass es in Wahrheit keinerlei Grund gebe (</debatte/kommentare/article215690654/Meinungsfreiheit-Jeder-darf-alles-sagen-Nur-nicht-unwidersprochen.html>), sich um die Meinungsfreiheit zu sorgen.

So einleuchtend dieses Argument auf den ersten Blick erscheinen mag, so beruht es doch auf einem stark verkürzten Verständnis von Meinungsfreiheit.



Aus Sicht der Sozialwissenschaften bemisst sich der Grad der Meinungsfreiheit am Ausmaß ihrer Sanktionierung oder, anders ausgedrückt: an den Kosten, die mit der freien Meinungsäußerung einhergehen. Die in einer Gesellschaft bestehende Meinungsfreiheit lässt sich also auf eine einfache Formel bringen: Sie ist umso höher, je kleiner die Wahrscheinlichkeit ist, für seine Meinungsäußerung sanktioniert zu werden, und je geringer die mit der Sanktion einhergehenden Kosten sind.

Umgekehrt kann in einer Gesellschaft von nur geringer Meinungsfreiheit gesprochen werden, wenn stets das Risiko negativer Konsequenzen besteht, nur weil man sagt, was man denkt. Wer sich also darüber beklagt, seine Meinung nicht frei äußern zu können (</politik/article193977845/Deutsche-sehen-Meinungsfreiheit-in-der-Oeffentlichkeit-ingeschraenkt.html>), dem sind nach dieser Definition schlicht die Kosten zu hoch. Sich öffentlich und lautstark über zu hohe Kosten zu beschweren, stellt aber kein widersprüchliches Verhalten dar.

Damit ist weder gesagt, dass es einen Zustand absoluter Meinungsfreiheit ohne jegliche Kosten geben kann (empirisch erscheint das in der Tat eher unwahrscheinlich), noch, dass ein solcher Zustand unbedingt wünschenswert wäre. Was normative Bewertungen angeht, bleibt das Kostenmodell der Meinungsfreiheit neutral. Es hat aber eine Reihe an analytischen Vorteilen, wenn man den Zustand der freien Rede in einer Demokratie erfassen und verstehen möchte.

Erstens muss das, was in einem Verfassungstext über Meinungsfreiheit als garantiertem Grundrecht steht, in der politischen und gesellschaftlichen Praxis nicht unbedingt wahr sein. Zweitens können graduelle Verschiebungen in der Meinungsfreiheit beschrieben werden, statt einer einfachen Dichotomie zu folgen, wonach die freie Meinungsäußerung entweder „existiert oder nicht“. Drittens sensibilisiert es für die Tatsache, dass selbst geringe Kostenerhöhungen bereits weitreichende Verhaltensfolgen haben können.

Am wichtigsten scheint mir, dass das Kostenmodell der freien Meinungsäußerung den Blick für die verschiedenen Quellen und Ausprägungen von kostspieligen Sanktionen schärft. Während offene staatliche Repressionen in autoritären Regimen (wo Regierungskritiker Gefahr laufen, ins Gefängnis zu kommen) das vielleicht offensichtlichste Beispiel darstellen, werden Meinungsäußerungen natürlich auch in liberalen Demokratien reguliert. Die dort anzutreffenden Sanktionen können eine Vielzahl von Formen annehmen (von sozialer Missbilligung bis hin zu wirtschaftlichen Konsequenzen) und von einer Vielzahl von Akteuren (zum Beispiel sozialen Medienplattformen (</politik/deutschland/plus232444995/Soziale-Netzwerke-Die-Grauzone-der-Meinungsfreiheit.html>) oder engen sozialen Kontakten) ausgehen.

Soziale Tyrannei

Tatsächlich ist es eine klassische Einsicht der Sozialwissenschaften, dass die Meinungsfreiheit in liberalen Demokratien nicht in erster Linie formell durch den Staat, sondern informell durch kulturelle Normen und soziale Mechanismen sanktioniert wird. So argumentierte schon der liberale Philosoph, Feminist und Antirassist John Stuart Mill, dass die Gesellschaft eine soziale Tyrannei ausübe, die furchtbarer sei als viele Arten von politischer Unterdrückung, da sie, obwohl sie nicht mit extremen Strafen durchgesetzt werde, weniger Auswege lasse und viel tiefer in das Leben, ja sogar in die Seele der Menschen eindringe.

Ganz ähnliche Argumente lassen sich auch bei anderen Größen der Sozialforschung finden, etwa bei der deutschen Meinungsforscherin Elisabeth Noelle-Neumann, dem türkischstämmigen Ökonomen Timur Kuran oder dem afro-amerikanischen Wirtschaftswissenschaftler Glenn C. Loury.

Das Kostenmodell der Meinungsfreiheit eignet sich auch sehr gut für die empirische Erforschung der freien Rede. Im Rahmen des neuen, vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Zusammenhaltspanels des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) wurden zwischen September 2021 und April 2022 rund 12.000 zufällig ausgewählte Personen in einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage zu ihrer subjektiv empfundenen Meinungsfreiheit befragt.

Laut den hier zum ersten Mal veröffentlichten Ergebnissen fühlt sich ein Viertel der Menschen in Deutschland (25 Prozent) nicht frei zu sagen, was es wirklich denkt. Das ist ein bemerkenswerter

Befund für eine liberale Demokratie, insbesondere wenn man bedenkt, dass eine vergleichbare Frage während der McCarthy-Ära in den USA (</kultur/article2719822/McCarthys-Kommunistenjagd-war-oft-gut-begrundet.html>) der 50er-Jahre nur von 13 Prozent der Amerikaner verneint wurde.

Eine Innovation des FGZ-Zusammenhaltspanels besteht darin, die Teilnehmer erstmals für Deutschland nach den Wahrscheinlichkeiten von sieben verschiedenen Sanktionen freier Meinungsäußerung zu fragen. Nur sehr wenige Bürger schätzen es als (eher) wahrscheinlich ein, rechtliche Probleme zu bekommen (sechs Prozent) oder ihre Freunde zu verlieren (vier Prozent), wenn sie ihre Meinung frei äußern.

Dies leuchtet vor dem Hintergrund der klassischen Argumentation unmittelbar ein: Rechtliche Sanktionen sind in einer liberalen Demokratie von untergeordneter Bedeutung für die freie Rede. Freunde wiederum sind genau die Menschen, mit denen man in der Regel offen über alles sprechen kann.

Subjektive Meinungsfreiheit

Umgekehrt erwartet immerhin die Hälfte (50 Prozent), dass andere ihr widersprechen, und weitere 24 Prozent gehen davon aus, dass sich andere beleidigt fühlen würden. Dies, so könnte man sagen, sind die natürlichen Risiken des freien Meinungs-austausches. Jeweils zwölf Prozent halten es darüber hinaus für (eher) wahrscheinlich, für ihre Meinung als „radikal“ oder „extrem“ bezeichnet und in den sozialen Medien persönlich attackiert zu werden.

Rund 13 Prozent erwarten schließlich berufliche Nachteile, wenn sie frei sagen, was sie wirklich denken.

Um herauszufinden, mit welchen Kosten die genannten Sanktionen einhergehen, lässt sich nun berechnen, wie stark sie die subjektive Meinungsfreiheit der Bürger verändern.

Wird eine Sanktion zwar als wahrscheinlich angesehen, aber die Einschätzung der eigenen Meinungsfreiheit davon nicht weiter beeinflusst, so lässt sich daraus ableiten, dass die Kosten für die Meinungsfreiheit vernachlässigbar sind. Werden umgekehrt Sanktionen zwar als eher unwahrscheinlich eingeschätzt, die subjektive Meinungsfreiheit dadurch aber reduziert, dann

liegen verhaltensrelevante Kosten vor.

Widerspruch für eine Meinungsäußerung zu erfahren, ist ein wahrscheinliches Vorkommnis in einer liberalen Demokratie und verringert laut Berechnungen mittels des FGZ-Zusammenhaltspanels die Einschätzung, frei sprechen zu können, um 15 Prozentpunkte. Diese Kosten sind nun nicht unbedingt vernachlässigbar, aber fallen dennoch deutlich geringer aus als die Kosten anderer Sanktionen.

Die Gefahr, andere zu beleidigen oder selbst die Zielscheibe von persönlichen Attacken in den sozialen Medien (</kultur/plus240242809/Mobbing-Die-machen-wir-fertig-diese-privilegierte-Schlampe.html>) zu werden, geht mit Kosten einher, die sich in einer Abnahme der subjektiven Meinungsfreiheit von nicht weniger als 24 Prozentpunkten äußern. Die wichtige Rolle sozialer Sanktionen zeigt sich insbesondere in der Tatsache, dass die Kosten, in Deutschland als „radikal“ oder „extrem“ bezeichnet zu werden, ähnlich hoch zu Buche schlagen wie rechtliche Konsequenzen durch den Gesetzgeber.

Die subjektive Meinungsfreiheit sinkt im ersten Fall um 30 Prozentpunkte, im zweiten um 29 Prozentpunkte. Die Furcht vor beruflichen Nachteilen schließlich reduziert die empfundene Meinungsfreiheit um ganze 35 Prozentpunkte und bringt damit die deutlich höchsten Kosten für die freie Meinungsäußerung in Deutschland mit sich.

Über die Tatsache, dass Menschen sich davor fürchten, sollte man sich öffentlich und lautstark beschweren – gerne auf Twitter oder sogar in einer Talkshow.

Teilen Sie die Meinung des Autors?

JA  413

NEIN  17

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie

immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/244548908>